

Bürgerinitiative will den neuen Stadtteil Dietenbach noch verhindern

Am 10. September hat die "Aktion Bürgerentscheid rettet Dietenbach" in Freiburg die Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gestartet. Mit der Bekanntgabe startet auch die Frist. Bis zum 26. Oktober muss die Initiative mindestens 12.000 Original Unterschriften sammeln, um eine Chance zu haben, den Beschluss des Gemeinderats für das geplante Neubaugebiet noch zu stoppen. Ist das Bürgerbegehren erfolgreich, dann wird es im Frühjahr 2019 einen Bürgerentscheid geben, bei dem über die Frage abgestimmt wird "Soll das Dietenbachgebiet unbebaut bleiben?"

12.000 Unterschriften, das sind immerhin 7 Prozent der Freiburger Wahlberechtigten. Und diese können nicht etwa wie bei einer Online-Petition per Mausclick ihre Stimme abgeben. Stattdessen müssen Freiburger, die die Aktion unterstützen, ihre Unterschrift auf Papier abgeben. Also gilt es, die in der Stadt ausliegenden Bögen zu unterzeichnen oder sich zuhause auszudrucken und abzuschicken. In so kurzer Zeit ist das ein hohes Ziel, das sich das Aktionsbündnis gesetzt hat. Zu den Unterstützern, die sich für die Aktion zusammengeschlossen haben, zählen auch das Regio Bündnis, die Wählervereinigung Freiburg Lebenswert e.V. und viele Privatleute.

Laut eigener Aussage der Aktion sind viele Freiburger nicht davon überzeugt, dass nur so und nur dort auf dem Dietenbachgelände der Bedarf an Wohnraum gedeckt werden kann. Es sei unverantwortlich, besonders gegenüber den nachfolgenden Generationen, wertvolle Grün-, Wald- und Landwirtschaftsflächen in dem gewaltigen Ausmaß von rund 240 Fußballplätzen einem "hochproblematischen" Neubau-Stadtteil zu opfern.

Vertrauensleute des Bürgerbegehrens sind Ralf Schmidt vom Regio Bündnis, Ulrich Glaubitz von Lebenswert e.V. und Manfred Kröber, der auch für die Freiburger OB-Wahl kandidiert hatte.

"Wenn wir immer weiter Fläche versiegeln und Naturräume bebauen und für Tiere dann nicht mehr passierbar machen, dann bekommen wir ein Problem, das wir eigentlich jetzt schon haben. National ist uns das klar und wir haben das erkannt und wollen gegensteuern. Andere Oberbürgermeister Baden-Württembergischer Städte haben gesagt "Wir bauen nicht mehr auf der grünen Wiese!" In Freiburg, in einer nachhaltigen Stadt, scheint es nicht zu gehen", so Kröber.

Als einen der zentralen Punkte, die gegen das Megaprojekt Dietenbach sprechen, hat Kröber den Lebensraum für Tiere und Pflanzen genannt, der durch die Bebauung zerstört würde. Auch werden dort regionale Lebensmittel angebaut. Zudem würde man das Dietenbachgelände als Naherholungsgebiet für den Menschen verlieren.

"Natürlich sind auch andere Punkte wie Naherholung, Klima und Baukosten zu nennen. Also die Frage, wo Naherholung stattfinden wird. Insbesondere für die Leute, die dort wohnen würden eines Tages. Der Mundenhof ist sozusagen in Gefahr, das ZMF ist in Gefahr. Da sagt die Stadt jetzt ganz andere Dinge dazu. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in zehn

Jahren, nachdem die ersten Leute dort wohnen, sich Anwohner eine solche Lärmbelastung gefallen lassen würden.”

Anlässlich eines Pressegesprächs, das das Aktionsbündnis angekündigt hatte, hat sich die SPD-Fraktion in einer Erklärung schon mal vorab schriftlich zu dem Thema geäußert. Man habe nach sechsjähriger intensiver Beratung die Abstimmung im Gemeinderat mit großer Mehrheit abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wohnungsnot beziehungsweise der explodierenden Mieten sei es die Aufgabe verantwortungsvoller Politiker, die Verwaltung bei der Umsetzung der Beschlüsse zu unterstützen.

Laut Ulrich Glaubitz könne man in Freiburg aber nicht von einer Wohnungsnot im Wortsinne sprechen. Die Lage sei natürlich sehr angespannt für Leute mit wenig Geld, aber diese Situation bekäme man durch Nachverdichtung hin. Man müsse unberechtigten Leerstand, unberechtigte Ferienwohnungen auflösen und damit für kurzfristige Lösungen sorgen.

1000 neue Wohnungen pro Jahr sind in Bau und Planung. Durch aufstocken, ausbauen, überbauen, besser nutzen, und anderen Maßnahmen ergebe sich ein Zusatzpotential von mindestens 6000 neuen Wohnungen in den kommenden Jahren, davon ist die Aktion “Rettet Dietenbach” überzeugt. Sie haben sich ausgerechnet, dass kaum bezahlbarer Wohnraum auf dem Dietenbachgelände entstünde.

“Wie sozial wird dort gebaut? Ich kann es mir nicht vorstellen, weil alle Vorzeichen in die falsche Richtung gehen. Beispielsweise Infrastruktur, die Kosten für Schulen und Kitas, werden auf die Grundstückserwerbe umgelegt. 200 Millionen Euro stecken alleine da drin. Wir haben es im Rieselfeld und in der Vauban gesehen. Es geht in die falsche Richtung, es wird teurer Wohnraum am Ende übrig bleiben.”

Die Aktion fordert nun die direkt-demokratische Entscheidung über die Bebauung des Dietenbachgeländes. In einer BZ-Umfrage 2018 waren 53 Prozent der Befragten der Meinung, dass Freiburg den neuen Stadtteil Dietenbach braucht.

Wer sich über die Aktion informieren möchte, kann das unter www.rettet-dietenbach.de tun.